



## Stellungnahme

### 21.05.2021 – München

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, verurteilen auf Schärfste die Gewalteskalation in Kolumbien und rufen die deutsche Bundesregierung auf, unterstützend auf eine Lösung des Konfliktes hinzuwirken. Die Flucht kolumbianischer sozialer Führungspersönlichkeiten nach Europa hat in den letzten Monaten stark zugenommen, da ihre körperliche und geistige Unversehrtheit bei den chaotischen Verhältnissen stark bedroht ist.

In Kolumbien finden seit letztem Jahr bewaffnete Zusammenstöße zwischen verschiedenen Akteuren und seit dem 28.04.2021 auch massive Proteste in den Städten statt. Unbewaffnete friedliche Demonstrant:innen werden ermordet, Frauen vergewaltigt, tausende Bürger:innen willkürlich festgenommen und weitere Menschen gewaltsam verschwunden gelassen. Die Zahl der Opfer nimmt ständig zu.

In München und in Deutschland finden auch tägliche Kundgebungen für den Frieden und als Unterstützung der Proteste in Kolumbien statt.

Wir bitten die Bundesregierung dafür zu sorgen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) das Recht auf Schutz für geflüchtete Kolumbianer:innen garantiert und anerkennt, dass das Land **kein** friedliches und sicheres Land ist. Nicht einmal 1 Prozent (0,05%) der an das BAMF gestellten Asylanträge werden positiv bewertet, bzw. Asyl gewährt. Aufgrund der geographischen Lage ist nicht damit zu rechnen, dass massenweise Asylanträge gestellt werden.

Die Artikel 3 und 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die den Menschen das Recht auf Freiheit, Sicherheit und Schutz vor Verfolgung gewährleisten sollen, müssen in Deutschland bei Personen aus verfolgten Ländern, in diesem Fall Kolumbien, angewendet werden.

Kontakt und weitere Informationen:

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.,

Alejandro Pacheco

[kolumbien@oeku-buero.de](mailto:kolumbien@oeku-buero.de)